

Schweden

RUTGER LINDAHL

Die Parlamentswahlen im September 2002 gaben den Anlass, einen Blick zurück auf die vergangenen vier Jahren der schwedischen Politik zu werfen. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung hatte für einige Politikfelder ein Kooperationsabkommen mit der Linkspartei und der Grünen Partei geschlossen. Darunter waren jedoch keine Themen, die sich auf die EU bezogen, da sowohl die Linkspartei wie die Grüne Partei entschiedene Gegner der schwedischen Mitgliedschaft in der EU sind. Die Differenzen bei EU-Themen standen zwar von Zeit zu Zeit im Mittelpunkt der Debatte, wurden aber von keiner der drei Parteien als eine Einschränkung für die weitere Zusammenarbeit angesehen. Die bürgerliche Opposition kritisierte die Regierung für ihre Passivität und ihre mangelnde Strategie sowohl in der alltäglichen EU-Politik wie im Konvent. Sie warfen der Regierung weiter vor, sich nicht genügend von der europa-kritischen Linie der Linkspartei und der Grünen Partei abgegrenzt zu haben. Ministerpräsident Göran Persson wurden vor allem seine europa-skeptischen Kabinettsmitglieder vorgehalten. Auf der anderen Seite kritisierten die Grüne Partei und die Linkspartei die Regierung wegen ihres mangelnden politischen Willens und der fehlenden Strategie durch eigene Initiativen supranationale Entscheidungsverfahren in zentralen Politikbereichen zu verhindern.

Vom Spätherbst 2000 an erreichte die schwedische Europa-Debatte und die Berichterstattung in den Medien sowohl qualitativ wie quantitativ einen Höhepunkt. Der Grund war die schwedische Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2001. Der Tenor dieser Debatte war etwas EU-freundlicher als zuvor. Diese Entwicklung hielt mit der Euro-Einführung 2002 an. Im Verlauf von 2002 nahm die Debatte dann jedoch merklich ab. Manche Beobachter erwarteten ein Wiederaufleben der EU-Diskussion während des Wahlkampfs 2002.

Die Wahlen 2002

Doch diese Erwartungen wurden von den Politikern nicht erfüllt. Die politischen Parolen der Parteien griffen wie 1994 und 1998 nationale Themen auf. Alle Parteien konzentrierten ihren Wahlkampf auf die sozialen Sicherungssysteme, Gesundheitspolitik und Erziehung. Nicht einmal die Frage einer zukünftigen Beteiligung an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion befand sich unter den zehn wichtigsten Themen der politischen Agenda.

Das Ergebnis der Wahlen brachte keine grundsätzlichen Veränderungen. Die Konstellation der Parteien in Regierung (einschließlich der unterstützenden Parteien) und Opposition blieb erhalten. Auch wenn sich an der Oberfläche der Machtkonstellation nichts tat, verschoben sich doch die Gewichte auf der Ebene der Parteien. Die Sozialdemokraten gewannen 3,5 Prozent der Stimmen und verbesserten sich auf 39,8 Prozent. Mit diesem Ergebnis konnten sie sich gegen den für die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien ungünstigen Trend in Europa behaupten. Ihre zusätzlichen dreizehn Sitze gewannen sie jedoch fast vollständig auf Kosten der Linkspartei, die 3,6 Prozent der Stimmen verlor. Mit einem Gesamtergebnis von 8,6 Prozent verlor die Linkspartei einiges von ihrem Gewicht in den Verhandlungen zur Regierungsbildung. Die Grüne Partei konnte ihr Ergebnis von 1998 halten und kam auf 4,6 Prozent der Stimmen.

Unter den Oppositionsparteien gab es ebenfalls ein Auf und Ab. Die Moderate Sammlungspartei war lange Zeit die unangefochtene Nummer Zwei der schwedischen Parteienlandschaft. Sie lag immer zwischen 20 und 25 Prozent der Stimmen. Dieses Mal kam sie jedoch nach einem erfolglosen Wahlkampf, den sie mit der Forderung nach niedrigeren Steuern bestritten hatte, auf nur noch 15,2 Prozent und verlor damit 7,7 Prozent der Wählerstimmen. Schwer getroffen wurde sie auch von der Ausstrahlung eines Fernsehbeitrags, in dem sich mehrere prominente Lokalpolitiker der Partei rassistisch äußerten und die schwedische Einwanderungspolitik kritisierten. Die liberale Volkspartei hatte offensichtlich mit ihrer Forderung nach der Umsetzung eines strengeren kulturellen Eingliederungsprogramms für Asylsuchende und Einwanderer mehr Glück. Mit 13,3 Prozent verzeichnete sie einen Zuwachs von 8,7 Prozent der Stimmen und konnte ihren Anteil damit mehr als verdoppeln. Die Christdemokraten verloren 2,6 Prozentpunkte und lagen damit bei 9,1 Prozent der Stimmen. Die Zentrumsparterie verbesserte sich um 1,1 Prozentpunkte auf 6,1 Prozent.

In den ersten beiden Wochen nach der Wahl gab es mehrere Versuche, eine neue Regierung zu bilden. Die Sammlungspartei, die Volkspartei, die Zentrumsparterie und die Christdemokraten hatten bereits während des Wahlkampfes ein gemeinsames Programm vorgelegt. Doch schon vor dem Wahltag zeichneten sich erste Risse ab und nach der Wahl verfügten sie ohne die Grüne Partei über keine stabile Mehrheit. Da es jedoch mehrere Politikbereiche gab, darunter auch EU-Fragen, bei denen mindestens zwei der potentiellen Partner grundsätzliche Schwierigkeiten mit einander hatten, mussten diese Überlegungen fallen gelassen werden. Einmal mehr hatte Ministerpräsident Göran Persson die Oberhand bei der Regierungsbildung behalten. Die Linkspartei hatte öffentlich ihre Absicht bekundet, eine Koalition einzugehen und ihren Anspruch auf Ministerposten angemeldet. Diese Forderung wurde von Ministerpräsident Persson sofort zurückgewiesen. Mit dem Wahlergebnis war seine Position gestärkt und die der Linkspartei geschwächt worden. Innerhalb der Grünen Partei gab es ebenfalls eine Debatte über das Für und Wider der Unterstützung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Der Sprecher der Grünen Partei traf sich mit den vier Oppositionsparteien, entschied sich aber dann doch für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Im

neuen Kooperationsabkommen zwischen Sozialdemokraten auf der einen und Linkspartei und Grüner Partei auf der anderen Seite einigten sich die drei Parteien auf generelle Konsultationen in Wirtschafts- und Haushaltsfragen und auf eine Liste spezifischerer Themen, bei denen sie ebenfalls zusammenarbeiten wollten. Themen, die die schwedische EU-Mitgliedschaft betrafen, wurden ausgeschlossen. Ministerpräsident Persson berief jedoch auch in sein neues Kabinett wieder mehrere Minister, die für ihre EU-kritische Haltung bekannt waren. Eine davon, Margareta Winberg, wurde zur stellvertretenden Ministerpräsidentin ernannt. Von vielen Beobachtern wurde dies als strategischer Zug zur Beschwichtigung der EU-Skeptiker in den eigenen Reihen und zum Abbau der Spannungen, die sich anlässlich der Einführung des Euro bei den Sozialdemokraten aufgebaut hatten, eingeschätzt.

Die Debatte über die Zukunft der EU

Die Arbeit des Konvents hatte einen stimulierenden Effekt auf die Klärung einiger Fragen innerhalb der Parteien. Die liberale Volkspartei sprach sich für eine Ausweitung der Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit aus. Sie plädierte für eine föderalere EU, will diese aber auf genuin europäische Themen begrenzt sehen. Das Europäische Parlament soll gestärkt und seine Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten soll ausgebaut werden. Die Sammlungspartei, die von den meisten Schweden als die pro-europäischste Partei eingeschätzt wird, hat sich für eine nur vorsichtige Einführung von weiteren föderalen Strukturen ausgesprochen. Der Entwicklung des Binnenmarkts wird eine zentrale Bedeutung für Stabilität und Wachstum im zukünftigen Europa zugeschrieben. Dem Europäischen Parlament wird ein größeres Mitspracherecht zugestanden, zu einer Parlamentarisierung auf EU-Ebene soll es jedoch nicht kommen. Die Christdemokraten hatten sich in den zurückliegenden Jahren immer schwer getan, eine Position gegenüber der EU einzunehmen, die von einer Mehrheit ihrer Anhänger gutgeheißen worden wäre. Seit kurzem gibt es einen Meinungsumschwung zugunsten einer positiveren Haltung gegenüber der EU. Auch wenn die schwedischen Christdemokraten sich als eng verbunden mit ihren europäischen Schwesterparteien empfinden, gibt es doch einige Meinungsunterschiede in zentralen Fragen. Vorschläge für föderalere Ansätze werden beispielsweise nicht unterstützt. Die europa-kritischste Position unter den bürgerlichen Parteien wird von der Zentrumspartei eingenommen. Sie hat ihre Hochburgen auf dem Land und repräsentiert immer noch eine Mehrheit der schwedischen Landwirte.

Die sozialdemokratische Partei argumentiert, dass die EU auch in Zukunft auf der Zusammenarbeit souveräner Staaten basieren soll. Supranationale Arrangements, sogar mit klar föderaler Tendenz, sollen jedoch von Fall zu Fall akzeptiert werden, wenn dadurch die Effizienz gesteigert und das Demokratiedefizit nicht vergrößert wird. Die Sozialdemokraten sehen keine Dringlichkeit für einschneidende Veränderungen in der institutionellen Struktur. Die Grüne Partei fordert in ihrem Parteiprogramm den Austritt aus der EU. Die Macht der EU soll begrenzt werden, doch wird erkannt, dass supranationale Macht in der Hand des Parlaments bei-

spielsweise im Bereich des Umweltschutzes auch positiven Einfluss haben kann. Auch die Linkspartei plädiert offiziell für einen Rückzug aus der EU und protestiert gegen jede Reform, die supranationale Strukturen in der EU stärkt. Ein Zuwachs an Macht für das Europäische Parlament wird abgelehnt, weil damit eine Schwächung der Legislativfunktion der nationalen Parlamente einhergehen würde.

Unglücklicherweise waren weder die Parteien noch das Parlament mit ihren Bemühungen erfolgreich, eine breite und lebendige öffentliche Debatte über die zukünftigen Strukturen und Funktionen der EU anzustoßen. Nur wenige Fragen erfreuten sich einer größeren öffentlichen Aufmerksamkeit. Dazu zählte die Frage, wie die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen gesichert werden könnte, sowie Ministerpräsident Perssons Eintreten für die Wahl des Ratspräsidenten.

Großer Rückhalt für die Erweiterung

Seit dem Beginn des Erweiterungsprozesses war die Unterstützung für die Erweiterung immer hoch gewesen. Sogar die entschiedenen Kritiker auf der Seite der Grünen Partei und der Linkspartei, die für Schweden den Austritt fordern, setzten sich für die Erweiterung ein. Während der schwedischen Präsidentschaft war die Erweiterungsfrage eines der Themen, die sowohl der Regierung wie der EU am meisten Wohlwollen einbrachte. Das Ergebnis des Gipfels von Kopenhagen im Dezember 2002 wurde in Schweden begrüßt. Die Aufmerksamkeit galt dabei vor allem den drei baltischen Nachbarn und Polen sowie auch auf der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik und Ungarn.

Der Irakkrieg und der Zusammenbruch der GASP

Schweden hatte sich im letzten Jahrzehnt langsam an die neue globale und regionale Sicherheitssituation angepasst. Die traditionelle „neutrale“ Position ist schließlich aufgegeben worden, auch wenn sie immer noch als Option besteht. Die GASP wurde von einer größer werdenden Zahl von Bürgern akzeptiert. Diese Akzeptanz bezog sich nicht nur auf Konfliktprävention und friedenserhaltende Maßnahmen, sondern auch auf friedensschaffende Einsätze unter Nato-Kommando. Die Friedensmission im Nahen Osten unter der Führung von Außenministerin Anna Lind wurde während und nach der schwedischen Präsidentschaft oft als positives Beispiel für die Arbeit der GASP angeführt. Was zu Beginn der schwedischen Mitgliedschaft in der EU als politisches Minenfeld angesehen wurde, entpuppte sich als ein Feld mit positivem Potential. Die EU war für viele Schweden mit Konfliktprävention, Frieden und Stabilität in Europa verbunden. Die Vereinten Nationen wurden dennoch weiter von den meisten Schweden als das zweifellos wichtigste Forum und die wichtigste Kraft für den Frieden angesehen. Konfliktprävention und alles was zur Durchsetzung von Frieden, Demokratie und Menschenrechten getan werden muss, sollte unter der Ägide der Vereinten Nationen getan werden.

Der Zusammenbruch der GASP über dem Irakkonflikt hinterließ tiefe Spuren bei der schwedischen Bevölkerung. Das Geschehen wurde von den meisten Kommentatoren als eine Demonstration mangelnden Interesses an einer gemeinsamen

Position bzw. als mangelnder Wille zum Verzicht auf nationale Interesse bewertet. Es wird sicher eine lange Zeit brauchen, bis das Vertrauen in die GASP wieder hergestellt ist. Wichtiger ist noch der generelle Vertrauensverlust, der damit für die EU insgesamt einhergeht und sich auf das anstehende Referendum über die Einführung des Euro auswirken könnte.

Das WWU-Referendum

In den Beitrittsverhandlungen zur EU hatte Schweden argumentiert, dass die letzte Entscheidung über die Beteiligung an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) dem schwedischen Parlament in einer gesonderten Entscheidung vorbehalten bleiben müsse. Als die Kommission ihre Empfehlungen für die Fähigkeit zur Teilnahme an der WWU bekannt gab, zog es Schweden in Anbetracht der Arbeitsmarktdaten und der öffentlichen Meinung vor, eine Position des Abwartens zu beziehen. Offiziell hatte sich Schweden nicht qualifiziert, da es nicht seit zwei Jahren am Wechselkursmechanismus teilnahm. 1997 entschied das Parlament die letzte Entscheidung erst nach einem positiven Referendum treffen zu wollen. Seitdem hat sich die schwedische Regierung, genau so wie die britische und dänische, darum bemüht, einen geeigneten Termin für das Referendum zu finden. Ende 2002 entschloss sich die schwedische Regierung am 14. September 2003 dieses Referendum abzuhalten.

Wie in den vorangegangenen Volksabstimmungen waren die Gegner die ersten, die sich organisierten. Der harte Kern bestand aus grundsätzlichen EU-Gegnern aus dem Umfeld der Grünen Partei und der Linkspartei. Die Exponenten der Befürworter waren vor allem in der Sammlungspartei, bei den Liberalen und in Industrie- und Unternehmerkreisen zu finden. Dies allein wäre jedoch eine zu einfache Skizze des Meinungsbilds. Denn während des Referendums über den EU-Beitritt 1994 ging der Konflikt quer durch alle Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Familien. Dies gilt heute in sogar noch stärkerem Maße.

Die regierenden Sozialdemokraten versuchen mit zwei zentralen internen Konfliktlinien zurechtzukommen. Eine Konfliktlinie verläuft zwischen der Partei und den Gewerkschaften. Der Gewerkschaftsverband (LO) beschloss 2002, dass eine Vorbedingung für eine Unterstützung der WWU die Einrichtung eines Pufferfonds sei, der nach einem eventuellen asymmetrischen Schock schwedische Schlüsselindustrien unterstützen würde. Die Verwendung der Mittel sollte von einem Komitee überwacht werden, das hauptsächlich aus Vertretern der Gewerkschaften und der Industrie bestehen würde. Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung führten im Winter zu keinem akzeptablen Kompromiss. Deswegen erklärte sich die LO-Führung als neutral. Das war ein schwerer Schlag für die Ja-Seite und lässt das Ergebnis wieder sehr unsicher werden. Die LO-Führung unterstützt die schwedische Mitgliedschaft, kann sich aber selbst nicht aktiv an der Kampagne beteiligen. Auf der anderen Seite gibt es einige nationale, regionale und lokale Gewerkschaftsführer, die sich entweder auf der Ja- oder der Nein-Seite engagieren. Grob gesprochen scheinen sich etwa gleich viele Gewerk-

schaftsführer auf jeder Seite zu befinden, wobei die Industriegewerkschaften eher dafür und die anderen eher dagegen sind.

Unter den Arbeitgebern und Ökonomen ist die Frage ebenfalls umstritten und es scheint, dass die Differenzen eher zu als ab nehmen. Beispielsweise ist der Gouverneur der Zentralbank für den Euro, mehrere seiner Vorgänger lehnen den Euro aber öffentlich ab. Das Arbeitgeberlager ist offiziell für den Euro. Sobald sich aber ein prominenter Vorstandsvorsitzender für den Euro ausspricht, präsentiert die Gegenseite einen anderen, nicht weniger bekannten Vorstand, der den Euro ablehnt.

Der Streit setzt sich innerhalb wie zwischen den Parteien fort. Drei Parteien lehnen den Euro für Schweden ab. Die Linkspartei und die Grüne Partei sprachen sich erwartungsgemäß dagegen aus. Das Nein der Zentrumsparlei stellt hingegen einen Bruch mit der Tradition der Partei und innerhalb des bürgerlichen Lagers dar. Die Entscheidung der Zentrumsparlei könnte somit zum Einfallstor des Neins bei bürgerlichen Wählern werden. Vier Parteien – die Sozialdemokraten, die Sammlungspartei, die Liberale Volkspartei und die Christdemokraten – unterstützen die Euro-Einführung. Diese vier Parteien repräsentieren etwa 4,1 der 5,1 Mio. Wähler. Das sagt aber wenig aus, da bestenfalls 75 bis 80 Prozent der traditionellen Parteianhänger sich von der Parteilinie beeinflussen lassen werden. 20 bis 25 Prozent der Anhänger der Linkspartei werden wohl für den Euro stimmen. Einige von ihnen werden sicher Industriearbeiter sein, die ihrer Gewerkschaft mehr Kompetenz zutrauen als der Parteiführung. Auf der anderen Seite dürften 20 bis 25 Prozent aus dem eher national-konservativen Lager der Sammlungspartei gegen den Euro stimmen. Die Sympathisanten der Sozialdemokraten sind etwa zu gleichen Teilen in Befürworter, Gegner und Unentschiedene gespalten. Selbst die Spitze der Partei ist sich uneinig. Mehrere Angehörige des Kabinetts haben sich gegen die Parteilinie ausgesprochen, was zu einer hitzigen Debatte über innerparteiliche Demokratie führte.

Ende April starteten die Regierung und führende Repräsentanten der Pro-Euro-Bewegung eine massive Kampagne. Der Start dazu kam früher als erwartet und war wahrscheinlich eine Reaktion auf die Meinungsumfragen, bei denen die Gegenseite mit zehn Prozent in Führung lag. Auf die Entscheidung könnte sich auswirken, dass die EU-Befürworter erstmals wieder seit 1994 die Mehrheit haben und ein eventuelles Nein zum Euro nicht automatisch als ein Rückzug aus der EU betrachtet wird. In dieser entspannten Stimmung erscheint ein Ja zum Euro für die EU-Befürworter nicht mehr als zwingend, sondern nur als eine mögliche, wenn auch wichtige Option unter den vielen Möglichkeiten der EU. Die Eurounterstützer haben es noch nicht vermocht, den grundsätzlichen negativen Einfluss eines Neins auf die Mitwirkungsmöglichkeiten Schwedens in der EU zu erklären. Falls dies gelingt, könnte eine Entscheidung sehr knapp ausfallen.

Anmerkung

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato, M.A., Ludwig-Maximilians-Universität München.